WELTWEITE RECHERCHE **PANAMA PAPERS**

«Das Ausmass der Panama-Enthüllungen überrascht mich nicht»

Die Enthüllungen von Offshorefirmen in Panama werfen hohe Wellen. Peter V. Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht, erklärt, warum es aber für Wladimir Putin genauso wie für Privatpersonen und Schweizer Firmen legitime Gründe gibt, ihr Geld in Briefkastenfirmen in Panama zu horten.

Am Wochenende wurden Daten von Tausenden von Offshore-Firmen publik. Was hat Sie daran am meisten überrascht?

Peter V. Kunz: Dass solche Daten publik wurden, hat mich nicht überrascht. Es gab bereits mehrere ähnliche Fälle, bei welchen Investigativjournalisten Informationen über Offshorefirmen publik machten. Ich denke etwa an Luxemburg-Leaks oder Swiss-Leaks. Die aktuelle Geschichte mit den Panama Papers ist eine natürliche Fortsetzung. Auch das Ausmass überrascht mich nicht. Erstaunt war ich aber, dass eine einzige Kanzlei, die Mossack Fonseca, ein derart grosses Netzwerk aufbauen konnte.

Ebenfalls speziell ist doch, dass diesmal Vermögen von Staatsoberhäuptern wie Wladimir Putin betroffen sind. Wird es nun tatsächlich eng für die Mächtigen?

Die meisten durch die Panama Papers betroffenen Staatsoberhäupter – so auch Putin – stammen ja aus Ländern, die eher autokratisch regiert werden. Sie werden behaupten, bei den Vorwürfen handle es sich um politische Propaganda ihrer Gegner. Und sie können kritische Journalisten mundtot machen. So haben sie gute Chancen, dass gar nicht abgeklärt wird, was hinter den Vorwürfen steckt.

Welche konkreten Beweggründe könnte Putin haben, Geld in Offshorefirmen zu lagern?

Bei Putin ist es sehr schwierig, einen Beweggrund zu erkennen. Ich möchte nicht spekulieren. Man muss sich bewusst sein, dass Offshorefirmen an sich nicht illegal sind. Dass Putin über seine Freunde Geld in Offshorefirmen verwaltet, heisst noch lange nicht, dass er damit eine kriminelle Tat verschleiern will.

Staatsoberhäupter wählen aber kaum zufällig Panama als Hafen für ihre Vermögen.

Das ist sicher so. Hingegen müssen Sie wissen, dass es für alle Staatsoberhäupter, also etwa auch für die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, sehr schwierig ist, in einem europäischen Land ein Konto zu eröffnen. Für sogenannte politisch exponierte Personen sind die Hürden zur Eröffnung von Konten heute sehr hoch.

Konkret?

Die Banken müssen sehr weitgehende Abklärungen über die von Staatsoberhäuptern entgegengenommenen Gelder treffen. Das schreiben neue, speziell für solche Personen vorgesehene Regeln zur Vermeidung von Geldwäscherei vor. Diese gelten übrigens auch für Bekannte aus dem engeren Umfeld von Staatsoberhäuptern. Das allein kann ein Grund

Peter V. Kunz
Professor für Wirtschaftsrecht an der Uni Bern

«Lionel Messi muss seine Millionen ja irgendwo anlegen.»

sein, Vermögen im «anonymen» Panama zu hinterlegen. Für Putin gibt es noch mehr Gründe: Die EU-Sanktionen gegen Russland – machen es für ihn a priori unmöglich, bei einer europäischen Bank ein Konto zu eröffnen.

Oft wird betont, dass es auch für Privatpersonen legitime Gründe gebe, Geld in Offshorefirmen zu horten. Stimmt das?

Ja, das stimmt. Es gibt zum Beispiel Leute, die nicht wollen, dass ihre Kinder oder Verwandten als mögliche Erbschleicher wissen, wie gross ihr Vermögen ist. Es gibt aber noch mehr legitime Gründe: etwa die Angst vor Entführungen. Solange das Geld im Heimatland ordentlich versteuert wird, ist das nicht illegal.

Diese Fälle wirken doch eher gesucht. Gibt es sie tatsächlich?

Ja, es gibt definitiv solche Fälle. Aber vermutlich ist schon Steuerhinterziehung das häufigste Motiv dafür, dass Private ihr Geld in Offshorefirmen deponieren. Deshalb dienen wohl die meisten Offshorefirmen von Privatpersonen zur Verschleierung einer kriminellen Tat.

Der Fall der Ex-Firma von Bundesrat Johann Schneider-Ammann hat ins öffentliche Bewusstsein gerückt, dass Schweizer Firmen mit Offshorekonstrukten sogar legal Steuern sparen können.

In der Tat. Schweizer Firmen können im Gegensatz zu Privatpersonen mit Offshorefirmen legal Steuern optimieren. Das kann man als stossend empfinden. Es ist aber nicht verboten. Wobei die Art und Weise, wie die Ammann-Gruppe ihre Steuern optimiert hatte, nun auch unterbunden werden soll.

Gegen den Fussballstar Lionel Messi laufen seit 2013 Ermittlungen wegen Steuerdelikten. Die aktuellen Enthüllungen zeigen, dass auch er in Panama eine Offshorefirma hat. Ist der Fall Messi nun klar?

Nein. Auch für ihn gibt es legitime Motive. Er muss seine Millionen ja irgendwo anlegen. Es ist nahe liegend, dass er dies in Unternehmen in verschiedenen Ländern tut. Es ist durchaus möglich, dass ja das in Panama eine normale Investition ist.

Welche Rolle spielen Offshorefirmen im Bereich der Geldwäsche und der Terrorfinanzierung?

Es gibt keine empirischen Untersuchungen dazu, doch ich glaube, in dieser Hinsicht spielen sie eher eine untergeordnete Rolle. Es wäre viel zu auffällig und heikel, Gelder aus der verdächtigen Karibik nach Europa zu transferieren. Es scheint einfacher, die Gelder zur Terrorfinanzierung unmittelbar in den legalen Wirtschaftskreislauf einfliessen zu lassen. *Interview: Mischa Aebi*

BRIEFKASTENFIRMEN

Die Panama Papers zeigen: Offshorefirmen gibt es wie Sand am Meer. Hier ein Beispiel, wie eine solche Briefkastenfirma zustande kommt: **Die vermögende Person A** wohnt in der Schweiz. **A will Steuern sparen.** Deshalb will sie ihr Vermögen in eine Steueroase verlegen. Dafür **kontaktiert sie** ein Unternehmen wie die Anwaltskanzlei **Mossack Fonseca in Panama.** Mossack verfügt über zahlreiche Filialen in verschiedenen Steueroasen weltweit. Die Kanzlei gründet im Auftrag von A eine Briefkastenfirma beispielsweise auf den Jungferninseln. **Als Direktoren und Anteilseigner setzt sie sogenannte Strohmänner ein.** Diese stehen anstelle von A in den Papieren der Firma. In Steueroasen gibt es zahlreiche Personen, die für Hunderte Firmen solche Mandate übernehmen. Nach der Gründung **eröffnen die Strohmänner ein Bankkonto.** Ab jetzt können die Geldströme fliessen. **Person A ist als Firmeneigentümer nicht mehr zu erkennen.** Die Scheindirektoren lassen bei der Bank eine Vollmacht für Person A ausstellen, damit diese über das Vermögen verfügen kann. **Die Bank weiss, dass A eine Vollmacht hat,** jedoch nicht, dass ihr die Firma gehört. *mbu*

DIE VERDÄCHTIGEN

Das sind die exponierten Politiker und VIPs

Staat- und Regierungschefs, Könige, Sportler, Funktionäre: Sie alle geraten nun gehörig unter Druck.

Mehr als elf Millionen Dokumente der Finanzkanzlei Mossack Fonseca hat das weltweite Recherchenetzwerk ICIJ ausgewertet. In der Schweiz war das Recherchedesk von «Sonntagss-Zeitung» und «Le Matin Dimanche» beteiligt. Unter den Verdächtigen finden sich viele bekannte Namen von Reichen und Mächtigen (siehe rechts). Die Spuren führen auch in familiäre Umfeld zweier Staatsmänner, die sich besonders mit der Forderung nach Korruptionsbekämpfung profilierten: Der britische Premierminister **David Cameron** und Chinas Präsident **Xi Jinping** haben Angehörige, die in Verbindung zu einschlägigen Briefkastenfirmen standen. Der **argentinische Präsident Mauricio Macri** soll ebenfalls – mit seinem Vater und Bruder – eine Offshorefirma besessen haben. Auch **Saudiarabiens König Salman, Kinder des aserbeidschanischen Präsidenten Ilham Alijew und von Pakistans Premierminister Nawaz Sharif** sind in den Panama Papers verzeichnet. Die Rede ist weiter von **Ex-Fifa-Generalsekretär Jérôme Valcke und Juan Pedro Damiani,** Mitglied der Ethikkommission der Fifa.

Als Kunden von Mossack Fonseca fanden sich die Staatsmänner und Promis in Gesellschaft notorischer Krimineller wieder: Die Kundenkartei verzeichnet Drogenbarone, Geschäftsmänner mit Verbindungen zu terroristischen Organisationen und einen US-Geschäftsmann, der wegen Sex mit Minderjährigen im Gefängnis sass. Er unterzeichnete den Vertrag mit der Kanzlei in der Zelle. *sda*

Bilder Keystone

Wladimir Putin: Enge Vertraute des **russischen Präsidenten** leiteten in den vergangenen Jahren unter konspirativen Umständen offenbar mehr als zwei Milliarden Dollar durch Briefkastenfirmen aus Russland heraus. Eine zentrale Rolle spielt dabei gemäss den Panama Papers der Cellist Sergei Roldugin. Er leitet heute das Haus der Musik von St. Petersburg. Putin und Roldugin sind enge Freunde. Der Musiker ist Taufpate von Putins erster Tochter. Er war Besitzer von zwei Offshorefirmen. *sda/lm*

Sigmundur David Gunnlaugsson: Der isländische Ministerpräsident soll bis Ende 2009 zusammen mit seiner Frau eine Briefkastenfirma besessen haben, in der unter anderem Anleihen wichtiger isländischer Banken deponiert waren. Gunnlaugsson sagte am Sonntag, er habe «nichts versteckt». Die Opposition will ihm diese Woche im Parlament die Vertrauensfrage stellen. Ausgerechnet Gunnlaugsson wurde 2013 gewählt, weil er sich vehement gegen Steueroasen aussprach. *sda/lm*

Petro Poroschenko: Im Spätsommer 2014 – zwei Monate nach seiner Wahl zum **ukrainischen Präsidenten** – soll Poroschenko die Briefkastenfirma Prime Asset Partners Limited mit Sitz auf den britischen Jungferninseln gegründet haben. Zeitgleich befand sich die Ukraine im Krieg mit prorussischen Separatisten und der russischen Armee. Die Pressestelle des Präsidenten lässt mitteilen, dass Prime Asset «Teil des Prozesses» sei, Poroschenkos Vermögen in Offshorefirmen zu überführen. *lm*

Lionel Messi: Der Fussballstar soll zur Hälfte an einer Briefkastenfirma beteiligt sein. Sein Vater Jorge Horácio und er legten sich über eine Finanzkanzlei die Strohfirma Mega Star Enterprises zu, die den spanischen Steuerbehörden bisher nicht bekannt war. Dass den Messis eine Offshorefirma gehört, geht aus einem Dokument von 2013 hervor. Das Unternehmen war bis vor kurzem aktiv. Gegen Messi und seinen Vater wird in Spanien bereits seit 2013 wegen des Vorwurfs des Steuerhinterziehung ermittelt. *sda/lm*

zvg

Doña Pilar de Borbón: Die Schwester des früheren spanischen Königs Juan Carlos, soll seit den 1970er-Jahren Vermögen über eine Offshorefirma in Panama verwaltet haben. Diese Enthüllungen rütteln einmal mehr am Image der spanischen Königsfamilie, deren Ruf schon durch mehrere Skandale beschädigt ist. Zum neuen Skandal um Prinzessin Pilar de Borbón, die den offiziellen Titel «Königliche Hoheit» trägt, äusserte sich der Hof nicht. *lm*

Michel Platini: Der einstige französische Fussballstar und für sechs Jahre suspendierte Uefa-Präsident soll 2007 ebenfalls eine Offshorefirma in Panama gegründet haben – das Unternehmen Balney Enterprises. Welche Geschäfte über die Firma abliefen, geht aus den Panama Papers nicht hervor. Gegenüber französischen Medien sagte Platini: «Ich wohne seit 2007 in der Schweiz. Alle meine Konten und Anlagevermögen sind den Schweizer Behörden bekannt.» *lm*

Auch Schweizer Firmen im Visier

In den Dokumenten der Anwaltskanzlei Mossack Fonseca werden neben hiesigen Firmen auch Schweizer Banken erwähnt. So sollen Credit Suisse und UBS zu den aktivsten Gründern von Offshoregesellschaften gehören.

In den Panama Papers ist auch die Schweiz kein unbeschriebenes Blatt. Laut dem Internationalen Konsortium Investigativer Journalisten befinden sich über 1200 Schweizer Firmen unter den 14 000 Banken, Anwaltsfirmen und anderen Mittelsmännern, die Briefkastenfirmen aufbauen liessen. Nur aus Hongkong und Grossbritannien stammen noch mehr. Allerdings gehören die Schweizer Vermittler zu den aktivsten: Rund 34 000 der rund 215 000 Offshoregesellschaften wurden aus der Schweiz initiiert – das entspricht rund 16 Prozent.

Gemäss einer Aufstellung gehören dabei die Credit Suisse Channel Islands Limited, die HSBC Private Bank Schweiz und die UBS-Filiale in Genf zu den Banken, die besonders häufig solche Firmen mithilfe der panamaischen Anwaltskanzlei eingetragen haben. Für die CS-Tochtergesellschaft zeigt die Aufstellung 918, für die HSBC Schweiz 733 und für die UBS 579 solcher Gründungen.

Alles legal

Die UBS und die Credit Suisse nehmen zu diesen Zahlen und zur geschäftlichen Beziehung zu Mossack Fonseca direkt keine Stellung. Die UBS schreibt auf Anfrage, dass sie ihr Geschäft entsprechend den anwendbaren Gesetzen und Regulierungen betreibe. «Wir haben keinerlei Interesse an Geldern, die nicht versteuert sind oder aus illegaler Herkunft stammen.»

Die Credit Suisse verweist in einer Stellungnahme gegenüber dem Journalisten-Konsortium darauf, dass sich die Bank bei ihren grenzüberschreitenden Bankgeschäften streng an sämtliche geltenden Gesetze, Regeln und Vorschriften halte.

«Für die Credit Suisse ist es von entscheidender Bedeutung, dass ihre Kunden Vermögensstrukturen ausschliesslich für zulässige Zwecke nutzen, zum Beispiel zur Organisation des Vermögens von Familien, die über ein breites Spektrum von Finanzanlagen in verschiedenen Ländern verfügen.» Seit 2013 habe die Credit

«Wir haben keinerlei Interesse an Geldern, die nicht versteuert sind oder aus illegaler Herkunft stammen.»
Die Grossbank UBS

Suisse für viele Länder zudem Programme zur Steuerregulierung eingeführt und abgeschlossen, in deren Rahmen Privatkunden ihre Steuerkonformität nachweisen müssten.

Behörden ermitteln

Das Auftauchen von Schweizer Banken in den Panama Papers lässt auch die Schweizer Behörden aktiv werden. Die Finanzmarktaufsicht Firma werde abklären, inwieweit auch Schweizer Banken Dienstleistungen der Kanzlei Mossack Fonseca benutzt und Schweizer Bestimmungen verletzt hätten, sagte ein Finma-Sprecher gestern.

Zum Inhalt der Enthüllungen wollte sich die Finma nicht äussern. «Ganz generell gilt: Wenn wir Hinweise erhalten, dass Institute gegen Bestimmungen verstossen, greifen wir im Rahmen unserer Aufsichtstätigkeit ein», so die Finma. *sda*